



Wie Ken Follett fesselt | 3

Der Bestsellerautor über sein Werk, seine Enkel, Tolstoi und Hobsbawm



200 x Herr Mosekund | 13

Wolfgang Hübner erfand ihn, und so hat das »nd« ein Wort zum Montag



Sportler des Jahres gewählt | 19, 20

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sie haben entschieden: Die beliebtesten Athleten und Trainer des Jahres 2012 stehen fest



Montag, 24. Dezember 2012 67. Jahrgang/Nr. 300 • Bundesausgabe 1,50 €, Auslandspreis 1,80 €

## STANDPUNKT

### Schäubles Weihnacht

Von Dieter Janke

Gemeinhin ist die Vorweihnachtszeit die Zeit der Vorfreude – auf besinnliche Tage und jene Gaben, die man sich im Kreise der Liebsten bei Kerzenschein reicht. Die Fokussierung der Bürger auf jene Zeit der Besinnlichkeit werden die Urheber der gezielten Indiskretion über die Hardcore-Pläne des Finanzministeriums vielleicht einkalkuliert haben. Aber vielleicht werden auch diejenigen, die jetzt Dementis losschicken, hoffen, dass sich die Empörung beim Fest der Liebe rasch wieder legen wird.

Wie dem auch sei: Die Aussicht auf neuerliche Mehrwertsteuererhöhungen sowie Kürzungen im Gesundheits- und Rentenbereich in nicht allzu ferner Zeit ist in die Welt gesetzt. Wenn man der Logik der bisherigen Antikrisenpolitik von Merkel und Co. folgt, werden die Vorhaben eine Eigendynamik entwickeln und uns als vermeintliche Sachzwänge im neuen Jahr in der ein oder anderen Form wiederbegegnen. Eine perfide Form von Ehrlichkeit bei der Aufklärung der tatsächlichen Lage wird so kultiviert. Sachzwänge, die ein Hinterfragen per se als abstrus erscheinen lassen, werden auf diese Weise konstruiert. Und unters Volk gebracht. Letztlich kann man sich dann schon freuen, wenn es nicht ganz so schlimm kommt.

Schon jetzt sendet die Bundesregierung ihre Neujahrsbotschaft aus: Zwar hat sich die Armut im Lande im zu Ende gegangenen Aufschwung noch verschärft, doch die Politik stellt die Zeichen auf weiteren Sozialabbau. Das Fest der Liebe ist nach ein paar Tagen vorbei.



## Dem Krieg entkommen

Der Krieg ist, wie ihr gekostet habet sein Gericht, Nicht ein vom Hörensagen mutmaßlicher Bericht. Ja, wo ihr ihn erwecket, erweckt ihr eine Schand. Und wo ihr auf ihn störet, ist aufgestört ein Brand.

Zuhair Ibn Abi Sulma, um das Jahr 600

Seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs haben über eine halbe Million Menschen ihre Heimat verlassen. Allein 250 000 flohen nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks ins südliche Nachbarland Jordanien. Viele von ihnen wollen

sich aus Furcht vor Repressalien gegen ihre in Syrien zurückgebliebenen Angehörigen nicht registrieren lassen. Sie leben als »illegale« in der Fremde, erhalten daher auch keine Unterstützung durch den UNHCR oder von jordanischen Behörden. Sie sind auf individuelle Solidarität und die privaten Einrichtungen angewiesen.

nd-Fotograf Camay Sungu hat im November »illegale« Flüchtlinge in Jordanien besucht. Einige seiner Fotos sind in einer Reportage-Beilage dieser Ausgabe abgedruckt. Sonderbeilage »nd fotoreport«

## Mehrheit für die neue ägyptische Verfassung

Opposition will Ergebnis der Abstimmung anfechten

Kairo (Agenturen/nd). Nach dem Ende der Volksabstimmung über eine neue ägyptische Verfassung haben die regierenden Islamisten den Sieg für sich reklamiert. Insgesamt hätten sich etwa 64 Prozent der Wähler für den von der Opposition heftig kritisierten Entwurf ausgesprochen, teilte die Muslimbruderschaft, aus der Präsident Mohammed Mursi kommt, am Sonntag mit. Auch die Staatsmedien nannten einen Zustimmungswert von rund 64 Prozent für beide Wahlrunden. Die Wahlbeteiligung lag nach Angaben der Islamisten bei etwa 32 Prozent. In der ersten Runde war zunächst in zehn der 27 ägyptischen Provinzen abgestimmt worden. Am Sonnabend entschieden die Bürger in den übrigen 17 Provinzen. Zur Stimmabgabe aufgerufen waren insgesamt 51 Millionen Ägypter.

Das offizielle Ergebnis der Abstimmung wird für diesen Montag erwartet. Sollte die Verfassung angenommen werden, soll binnen zwei Monaten ein neues Parlament gewählt werden. Die Verfassung ist zwischen Mursis Islamisten und laizistischen Kräften in Ägypten äußerst umstritten. Die Opposition kritisiert, dass die vielfach vagen Bestimmungen des Textes die Bürgerrechte nicht ausreichend garantierten und einer weiteren Islamisierung den Weg bereiteten. Das größte Oppositionsbündnis Nationale Heilsfront erklärte am Sonntag, das Referendum sei von Betrug und dem Verstoß gegen Wahlregeln gekennzeichnet gewesen. Das Bündnis kündigte an, das Ergebnis anzufechten.

Überschattet wurde die Abstimmung am Sonnabend vom Rücktritt des Vizepräsidenten Mahmud Mekki. Er erklärte zur Begründung seines Schritts, die politische Arbeit passe nicht zu seiner Ausbildung als Richter. Widersprüchliche Angaben gab es zu Zentralbankchef Faruk al-Okda. Das Staatsfernsehen widerrief eine Information, al-Okda habe seinen Rücktritt erklärt. Die Regierung habe das dementiert. Kommentar Seite 4

## Unten links

### Bescherung

Heute kommt der rote Mann, schleppt für uns Geschenke ran. Der alte Sack ist wieder voll und die Kinder finden's toll. Auch die Rute lässt er kreisen, alle Mienen flugs vereisen. Doch wenn Lieder froh erklingen, kann man auch die Gläser schwingen. Korn und Kümmel, Bier und Sekt, Ruprecht alles bestens schmeckt. Schließlich pennt er unterm Baum, doch das stört die Feier kaum. Die Geschenke liegen breit und es herrscht der schönste Streit. Denn die Tante Ruth-Gesine möchte die Frittiermaschine. Die hat längst der Opa Klaus, der rückt sie nicht wieder raus. Um die Tanne Engel toben, wollen ihren Chef gern loben. Doch der Krach ist viel zu laut, weil der Hans die Gretel haut. Gretel, die haut prompt zurück, macht aus Hans' nen Hans im Glück. Denn der sieht, palim palem, nun den Stern von Bethlehem. ibo

www.neues-deutschland.de twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-3375



## Horrorkatalog für Sozialabbau

Opposition übt scharfe Kritik an angeblichen Plänen aus dem Hause Schäuble

Von Dieter Janke

Ein Medienbericht über angebliche Pläne aus dem Bundesfinanzministerium für unsoziale Sparmaßnahmen hat die Opposition auf den Plan gerufen.

Laut einem Bericht des »Spiegel« lässt Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) an einem umfangreichen Sparpaket für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl arbeiten. Grund dafür sei die Befürchtung, dass aufgrund konjunktureller Risiken sowie Gefahren aus der Finanz- und Euro-Krise die Vorgaben der Schuldenbremse für den Etat des Bundes nicht erfüllt werden könnten. »Ein ausreichender Abstand zur Verfassungsgrenze ist in der Haushaltsplanung zwingend erforderlich, um für unerwartete strukturelle Ausgaben- und Einnahmeentwicklungen Vorsorge zu treffen«, zitierte das Magazin aus einer internen Ministeriumsvorlage. Schäuble habe diese bereits gebilligt. Die Beamten des Ministeriums schlagen demnach vor, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent abzu-

schaffen. Für sämtliche Waren und Dienstleistungen solle der reguläre Tarif von 19 Prozent erhoben werden, was zusätzlich 23 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen würde. Um weitere zehn Milliarden solle ferner der Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds gesenkt werden. Um die Krankenkassenbeiträge dennoch stabil zu halten, bringen Schäubles Mitarbeiter einen »Gesundheits-Soli« als Aufschlag auf die Einkommensteuer ins Spiel. Um die Rentenkassen zu entlasten, sollen die Bundesbürger über das bereits angehobene Rentenalter von 67 Jahren hinaus arbeiten. Die Dauer des Rentenbezugs will man »an die Lebenserwartung« koppeln. »Unangemessene Anreize zur Frühverrentung müssen beseitigt werden«, heißt es in dem Papier. Daher sollen die Rentenabschläge pro Jahr des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsleben von derzeit 3,6 auf

6,7 Prozent angehoben werden. Zudem schlagen die Ministeriumsmitarbeiter vor, die Witwenrenten zu kürzen.

Aus dem Finanzministerium wurde der Bericht als falsch zurückgewiesen. Es gebe keine derartigen Pläne, sagte ein Ministeriumssprecher. Vielmehr arbeite man gegenwärtig daran, bereits im kommenden Jahr einen strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen.

Um die Rentenkassen zu entlasten, sollen die Bundesbürger über das bereits angehobene Rentenalter von 67 Jahren hinaus arbeiten.

»Damit sind wir schneller als die Schuldenbremse«, hieß es. Dennoch hagelte es noch am Wochenende heftige Kritik aus den Oppositionsparteien. Das sei »Haushaltspolitik à la Schäuble«, polemisierte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel: »Vor der Wahl wird das Geld mit vollen Händen zum Fenster rausgeschmissen, um etwa mit dem Betreuungsgeld so etwas wie einen brüchigen Koalitionsfrieden zu erkaufen. Nach der Wahl sollen dann die Grausamkeiten kommen. Statt

jetzt Vorsorge für schlechtere Zeiten zu treffen, werden die Wähler bewusst getäuscht.«

Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, bezeichnete die Reaktion aus dem Ministerium als »halbseidenes Dementi«. Schäuble müsse sich gegenüber Parlament und Öffentlichkeit klar und eindeutig zu diesem »unsozialen Horrorkatalog« positionieren. »Die schäbigen und ungerechten Kürzungspläne wären der tiefgreifendste Einschnitt in den Sozialstaat seit den Hartz-Gesetzen.« Die FDP stellte als Teil der Koalition Bedingungen: »Der Finanzminister sollte mit einer Mehrwertsteuerreform nicht versuchen, den Bundeshaushalt zu sanieren«, so Fraktionschef Volker Wissing. Wolfgang Schäuble sagte derweil der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«, sein Job mache ihm noch immer Freude. Er empfinde es »als ein Glück«, in einer »so zentralen Funktion dienen und gestalten« zu können. Der 70-Jährige ist seit 40 Jahren Mitglied des Bundestages und will 2013 erneut kandidieren.

## FROHES FEST!



Liebe Leserinnen und Leser,

wir wünschen Ihnen von Herzen frohe und friedliche Weihnachtstage im Kreise Ihrer Liebsten. »neues deutschland« finden Sie am 27. Dezember wieder in Ihrem Briefkasten oder am Kiosk.

Ihre nd-Redaktion